Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 9.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1135, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Fam. Anzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10. Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 43. Halle, Donnerstag, den 27. Januar 1921. Einzelpreis 20 Pfg.

Senator Frassati,

der neue italienische Botschafter in Berlin.

Der neue italienische Botschafter, Senator Frassati, ist am Montag abend 9,30 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen und hat in der italienischen Botschaft in der Viktoriastraße in Berlin Wohnung genommen.

Senator Frassati ist, wie seine Tätigkeit als die eines Leiters und Hauptbesitzers einer Zeitung ersehen läßt, Außenseiter in der Diplomatie, aber er ist — und dadurch wird die Zünftigkeit mehr als ersetzt — einer der besten Freunde Giolittis. Außerdem bringt er gerade für den Berliner Posten Eigenschaften mit, die auch in der italienischen Diplomatie nicht häufig vertreten sind. Die deutschen Verhältnisse sind ihm besonders vertraut. Er spricht, wie wenige Italiener, fließend deutsch, und hat sich durch gelegentliche Reisen nach Deutschland und durch die tägliche Lektüre dreier deutscher Zeitungen über die deutsche politische und wirtschaftliche Lage von jeher auf dem Laufenden gehalten. Sonst erscheint er als ein besonders guter Typ des modernen Italienertums. Energie, Vorsicht, Liebenswürdigkeit und eine weitsichtige Einschätzung der realen Faktoren sind unverkennbare Charakterzüge dieses sehr elastischen Mannes, der nach dem äußeren Eindruck kaum die 50 überschritten haben sollte. In politischer Beziehung hat er sich bisher eine gewisse Zurückhaltung auferlegt und es vermi den, Posten anzunehmen, die ihm Anlaß geben konnten aber mußten, besonders in den Vordergrund zu treten. Seine Haltung im Kriege war, wie dies die gemäßigte Haltung der „Stampa" erkennen ließ, die bekannte neutralistische des Giolittischen Kreises, in dem man vom Kriege abriet, weil man von dessen langer Dauer überzeugt war und in diesem Falle schon damals damit rechnete, daß bei einem nicht siegreichen, aber langen Kriege der Gewinn in keinem Verhältnis zu den Opfern und der wirtschaftlichen Schwächung des Landes stehen würde. Für Frassati, der zu den angesehendsten Bürgern Turins, aber natürlich zu den Kapitalisten zählt, war durch die letzte Arbeiterbewegung, die in Turin, als der vielleicht radikalsten Stadt Italiens, besonders scharfe Formen angenommen hatte, eine persönliche schwierige Situation geschaffen, die an ihn, als den Leiter des eigentlichen Regierungsorgans, besondere Anforderungen an diplomatischem Geschick stellte.

Es ist nicht zu unterschätzen, daß durch seine Berufung nach Berlin eine besonders enge Verbindung zwischen der deutschen Regierung und dem römischen Premier geschaffen wurde, aber andererseits muß bei der Einschätzung der voraussichtlichen Stellungnahme Italiens zu Deutschland immer wieder bedacht werden, daß schon die innere Lage des Königreiches und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse eine in jeder Beziehung balanzierende Außenpolitik erfordern und daß es Italiens Bestreben sein muß, irgendwelche Feindschaften zu vermeiden und Gefahren zu bannen, die von jenseits der Adria drohen. Das ohne den Pariser Einfluß kaum denkbare Abkommen mit Südslawien ist ein Beweis hierfür. Diesem sehr geschickten Schachzug Giolittis eine Dauerwirkung zu prophezeien, wäre vermessen. Aber solange die sozialistische Welle einer Konsolidierung der Regierungsgewalt entgegenwirkt, muß sich die Regierung des nationalen Mehrforderungen verschließen. Immerhin bleibt ein wohlwollendes neutrales Deutschland eine wichtige Reserve für spätere unvorhergesehene oder beabsichtigte Situationen. Aber vieles weist darauf hin, daß Italien an einem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland schon jetzt ein großes Interesse hat, und der neue Vertreter in Berlin bringt gerade auf diesem Gebiete Kenntnisse und praktische Erfahrungen mit, wie sie nur selten zum Rüstzeug des Diplomaten gehören und die eine, den wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder förderliche Entwicklung erhoffen lassen.

Europäische Politik.

Der neuernannte italienische Botschafter in Berlin, Frassati, gab einem Journalisten folgende Erklärung ab:

„Die Politik der Wiederannäherung und Interessengemeinschaft unter den verschiedenen Nationen muß naturgemäß gebilligt werden von einem Manne, der wie ich von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß nur durch das Mittel aufrichtigen Zusammenwirkens unter allen Ländern die Möglichkeit geboten ist, die schwere Krise, der ganz Europa augenblicklich anheimgefallen ist, zu überwinden. Ganz Europa ist ein großer Krankheitsherd. Genesen kann es nur durch eine solche Kur, wie sie durch die Wiederaufnahme fruchtbarer und immer intensiverer Arbeit gekennzeichnet ist. Aber zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß alle Völker und Individuen ihre Bausteine zur Errichtung dieses gemeinsamen Gebäudes beitragen.

Unter allen jenen Völkern Europas, die in feindlichen Lagern gegeneinander gekämpft haben, sind ganz besonders zwei Nationen zu diesem Zusammenwirken berufen, aus denen das Wohl aller entsprießen wird: Italien und Deutschland. Was mich betrifft, so werde ich mein möglichstes aufbieten, um in jeder Richtung die Handesbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu entwickeln, zumal ich der Ueberzeugung lebe, daß die Wiederherstellung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, der telegraphischen und telephonischen Verbindungen, wesentlich dazu beitragen werde, auch die geistige Verbindung zwischen unseren beiden Ländern immer intimer und fruchtbringender zu gestalten.

Indem ich, getragen von dieser Ueberzeugung und unter diesen Auspizien, an die Erfüllung meiner Aufgaben herangehe, deren Förderung seitens der deutschen Regierung ich mich, vergewissert halte, entbiete ich dem deutschen Volke meinen herzlichen Gruß."

Kein Oberschlesienschacher.

Der „Oberschlesische Wanderer" bringt einen eigenen Drahtbericht aus Rotterdam, in dem es heißt:

In den Kreisen der Ententediplomatie wurde gestern ein Artikel der Londoner „Daily Mail" viel besprochen, der folgende Stelle enthält: „In Paris mag man den Polen Oberschlesien versprochen haben. Das Versprechen kann aber keineswegs eingelöst werden, wenn es nicht einen Stein aus dem Friedensvertrage herausbrechen soll. Dem Friedensvertrag gemäß soll das Selbstbestimmungsrecht der oberschlesischen Bevölkerung die Entscheidung bringen. Die Sicherheit der Stimmberechtigung muß gewahrt bleiben, das ist vertragliche Pflicht der Alliierten. Wenn einer unserer Verbündeten nicht in der Lage ist, diese Sicherheit, sowie Ruhe und Ordnung während der Abstimmung zu gewährleisten, dann müssen andere Staaten die Ausführung dieser Aufgabe übernehmen, nicht aber darf durch irgend eine Machenschaft die Einlösung des Versprechens erzwungen werden."

Der „Oberschlesische Wanderer" schreibt dazu: „Diese Enthüllungen machen uns Oberschlesiern vieles erklärlich!"

Nach einer weiteren Dena-Meldung sollen Engländer und Italiener die Grenzsperre gegen Polen durchführen.

Die Pariser Konferenz.

Havas meldet: Die Sachverständigen für militärische, Marine- und Luftschiffahrts-Angelegenheiten traten Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz Fochs zusammen. Diese Sachverständigen, die von dem Obersten Rat beauftragt worden waren, eine Liste aufzustellen über die Vertragsverletzungen Deutschlands, sowie Maßnahmen vorzuschlagen, die zu treffen wären, bildeten drei Kommissionen, die eine für militärische, maritime und Luftschiffahrts-Angelegenheiten. Diese Kommission behandelte die ihr zugewiesenen Fragen, die deutsche Militärgesetzgebung, die Herabsetzung der deutschen Armee auf 100 000 Mann, die Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Einwohnerwehren, die Auflösung der Sicherheitspolizei, die Auslieferung und Zerstörung des militärischen, maritimen und Luftschiffahrtsmaterials, die Zahlung einer Entschädigungssumme für die zerstörten Gegenstände oder das ausgeführte Material usw. Die Kommissionen waren in ihren Entschlüssen einig. Nachmittags versammelten sich die Sachverständigen wieder, um den Gesamtbericht über die einzelnen Berichte der drei Kommissionen festzustellen. Dieser Gesamtbericht soll eine allgemeine Schlußfolgerung enthalten und die Notwendigkeit von den Mächten, die Ausführung der vorgesehenen Zwangsmaßnahmen innerhalb der verschiedenen festgesetzten Fristen zu verlangen. Diese Fristen bewegen sich zwischen einigen Wochen und mehreren Monaten, entsprechend der Wichtigkeit der zu treffenden Maßnahmen, auf die sie sich beziehen. Die weitest ausgedehnte Frist geht aber nicht über den Monat Juni hinaus.

Marschall Fochs Bericht über Deutschlands Entwaffnung

Nach einer Meldung aus Basel heißt es in dem der Botschafterkonferenz vorgelegten Bericht des Marschalls Foch über die angeblich ungenügende Entwaffnung Deutschlands u. a.:

1. Die Kontrollkommission erhielt nur einen geringen Teil der durch die Entwaffnung der Zivilbevölkerung eingegangenen Waffen.
2. Der deutsche Entwaffnungskommissar hat den Zeitpunkt der Abgabe der Waffen der Bürgerwehren noch nicht bekanntgegeben.
3. Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei ist noch nicht beendet.
4. Die Sicherheitspolizei wurde nicht aufgelöst.
5. Die in Ostpreußen und in Bayern aufrechterhaltenen Bürgerwehren stehen mit der Reichswehr in engem Zusammenhang.
6. Die deutsche Gesetzgebung wurde mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht genügend in Einklang gebracht.
7. Die deutsche Regierung weigert sich, das überzählige Artillerietmaterial von Königsberg und Küstrin abzuliefern.
8. Trotz der noch nicht kontrollierten Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 fährt die deutsche Regierung fort, entgegen den Bestimmungen des Vertrages Liquidationsoffiziere zu beschäftigen.

Die Kohlenfrage.

Auf einer Versammlung des Zentralkomitees des Internationalen Bergarbeiterbundes in London wurde die allgemeine Kohlenlage in Europa im Zusammenhang mit der Depression im Handel erörtert. Den Vorsitz führte Smillie. Vertreten waren England, Frankreich, Belgien, Deutschland (durch Otto Hue und Hussemann) und die Tschechoslowakei. Die vorgelegten Berichte über die Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern zeigten, daß die Depression im Handel eine allgemeine Erscheinung ist und daß an vielen Mittelpunkten Kohlenvorräte angehäuft sind. In Deutschland arbeiten die Bergarbeiter 3½ Stunden Ueberschicht an zwei Tagen der Woche, um den Bedingungen des Spa-Abkommens nachzukommen.

Es wurden Berichte vorgelegt, in denen der Fortschritt in der Sozialisierungsfrage in der Kohlenindustrie seit der Genfer Konferenz dargelegt wird. Nach Kenntnisnahme dieser Berichte nahm das Komitee einstimmig eine Entschließung an, in der erklärt wird, die Sozialisierung der Bergbauindustrie in jedem Lande sei von äußerster Bedeutung. Die Entschließung weist auf den energischen Widerstand hin, der von den Kapitalisten ganz Europas diesem Vorschlage entgegengesetzt werde, und fordert die Arbeiter auf, ihre Tätigkeit zu verdoppeln, um die Ausbeutung der Bergwerke durch die Allgemeinheit zu erreichen. Die Arbeiterklasse und die Gesamtheit werden aufgefordert, bei ihren Regierungen auf die Annahme einer diesbezüglichen Gesetzgebung zu dringen. Zum Schluß fordert die Entschließung die Bergarbeiter der dem Bunde angeschlossenen Länder auf, keinerlei Abkommen mit den Bergwerksbesitzern zu treffen, was internationale Aktionen verhindern könnte, um die allgemeinen Entschließungen bezüglich der Sozialisierung zu verwirklichen.

Die englisch-russischen Handelsbeziehungen

Montag abend wurde vom Londoner Handelsamt der Wortlaut des Entwurfs für das Handelsabkommen zwischen der britischen Regierung und der russischen Räteregierung veröffentlicht. Die beiden wichtigsten Punkte beziehen sich auf die Ernennung britischer und russischer offizieller Agenten, die unter anderen Privilegien, Befreiung von Verhaftung und Durchsuchung, genießen, und auf die Garantie der britischen Regierung gegen die Beschlagnahme des russischen Geldes. Dem Abkommen ist hinzugefügt, eine „Erklärung über die Anerkennung von Forderungen", in der beide Parteien bestimmen, daß alle Forderungen, die von irgendeiner der Parteien oder ihren Untertanen gegen die andere Partei mit Bezug auf Besitz oder Rechte oder mit Bezug auf Verpflichtungen eingegangen wurden, von den augenblicklichen oder früheren Regierungen beider Länder und Parteien noch in einem neutralen allgemeinen Vertrage behandelt werden sollen, der die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beider Länder regelt.

Afrikanische Spende für die Milchnot

29 Farmer der deutschen lutherischen Gemeinde in Umsigne (Bezirk Natal) haben sich, bewogen durch die große Milchnot in Deutschland, zusammengetan, etwa 35 Kopf Vieh zusammengebracht und, da sie diese nicht herüberschicken konnten, haben sie es verkauft; andere haben zu dem Ertrage Geld beigesteuert; ein siebenjähriger Knabe hat drei Kaninchen gebracht, die verkauft sind und deren Erlös dem Ertrage hinzugefügt ist. Der so zusammengebrachte Betrag ist an Missionsdirektor D. Haccius gesandt, um das Geld nach seinem Ermessen hauptsächlich zur Linderung der Milchnot unter den Kindern in Deutschland zu verwenden. Missionsdirektor D. Haccius hat sich von drei von ihm genannten Vertrauenspersonen Vorschläge zur Verteilung der Summe, die sich auf 73 373,75 Mark belaufe, erbeten und die ihm gemachten Vorschläge gebilligt. Nach diesen Vorschlägen, die die Linderung der Milchnot und Ernährungsnot der Kinder in Deutschland bezwecken, ist die Verteilung erfolgt.

Deutscher Reichstag.

Eine stürmische Sitzung.

57. Sitzung. Mittwoch, 26. Januar, 1 Uhr nachmittags.

Bei sehr schwach besetztem Hause wird die

Beratung des Justizetats

fortgesetzt.

Abg. Graf zu Dohna (D. Vpt.): Wir leben unter den Folgen des unerhörtesten Rechtsbruches der Weltgeschichte. Im Innern drohen uns Umsturzgelüste, die der Zug jeder Revolution sind. Auch wir würden es begrüßen, wenn in Bayern der Ausnahmezustand beseitigt werden könnte, aber es handelt sich um einen Rechtsnotstand, der außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Staatsautorität erfordert. Wir hoffen, daß es in nicht zu ferner Zeit zum Abschluß des großen Reformwerks im Strafgesetz und in der Strafprozeßordnung kommt. Die Ueberleitungsvorlage darf nicht der großen Reform vorgreifen. Der Entwurf über die Jugendgerichte muß aber beschleunigt verabschiedet werden. Der Strafvollzug ist seiner Bedeutung entsprechend zu regeln. Die Bildung von Fachgruppen der Studenten kann der Fortbildung sehr förderlich sein. Die Vereinfachung des Prüfungswesens und die unbedingte Freizügigkeit im Reiche sind durchaus berechtigte Forderungen der Studenten. Die Beschränkung des Studiums auf 2½ Jahre muß allen Kriegsteilnehmern zugute kommen. Die schwierige Aufgabe der Verfolgung der Kriegsverbrecher wird vom Reichsgericht in vorbildlicher Weise gelöst. Wenn aber die Feinde trotzdem die Unparteilichkeit unseres höchsten Gerichtshofes anzweifeln sollten, so können sie sich leider auf die Reden berufen, die hier auf der linken Seite gehalten worden sind. (Lebhafte Zustimmung rechts. Wie die Sozialisten das Urteil gegen die Marburger Studenten angreifen können, ist unverständlich. Unsere Richter haben zum Glück ein starkes Gefühl für die Staatsautorität und den Schutz der öffentlichen Ordnung. An Stelle dieses sittlich so hochstehenden Richterstandes wollen die Sozialdemokraten eine Art Gewaltparlament setzen. Das machen wir nicht mit. (Sehr richtig! rechts.) Gegen die Liste der von den Sozialdemokraten aufgeführten angeblichen Fehlurteile können wir leicht eine Gegenliste machen. Wir machen das aber nicht. Wir lehnen es überhaupt ab, den von Ihnen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210127016/fragment/page=0001

konstruierten künstlichen Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft anzuerkennen. (Lautes Gelächter bei den Soz.)

Abg. Dr. Moser (Soz.): Spielen Sie doch nicht Komödie. Wir bestreiten, daß die Arbeiter vor Gericht schlechter behandelt werden als andere. Wir lehnen das Volksrichtertum ab. Die Zulassung von Frauen zum Richteramt kann man nicht unter Berufung auf die Reichsverfassung fordern. Wir wollen aber über die Eignung der Frau zum Richteramt sachlich beraten, können aber den Antrag der Frauen aller Parteien nicht ohne weiteres annehmen.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Wir erkennen an, daß Fehlurteile vorkommen, erheben aber deswegen nicht, wie die kommunistischen Interpellanten den Vorwurf der dauernden Rechtsbeugung. Da wir Frauen so naiv sind, die Verfassung wörtlich zu nehmen, müssen wir verlangen, daß die Frauen ganz gleichberechtigt mit den Männern als Schöffen und Geschworene zugelassen werden. Bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen müssen alle Volksklassen berücksichtigt werden. Rednerin begründet hierauf den von weiblichen Abgeordneten aller Parteien gestellten Antrag, durch einen schleunigen Gesetzentwurf die Frau unbeschränkt als Richter, Staats- und Rechtsanwalt zuzulassen. Wir brauchen eine zeitgemäße Reform des Familienrechts. Das Ehescheidungsverfahren ist eine unerträgliche Prozessur geworden, geradezu unsittliche Prozesse müssen jetzt geführt werden. Die Heiligkeit der Ehe wird untergraben, wenn nicht die Ehescheidung erleichtert wird. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Auch die Rechte der Hausfrau bedürfen eines starken Schutzes. Dem Mann gegenüber ist die Frau rechtlos. Verbrechen gegen unbescholtene Mädchen müssen schärfer bestraft werden und das Schutzalter auf mindestens 16 Jahre heraufgesetzt werden, gerade weil so viele Mädchen mit 14 Jahren ins Leben hinaus müssen.

Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärt sich jederzeit bereit, über die Kriegsverbrecher Auskunft zu geben. Zu dem Frauenantrag bemerkt er, daß die geplanten Aenderungen hinsichtlich der unehelichen Kinder dem Hause demnächst zugehen würden. Familien- und Frauengüterrecht werden seinerzeit bei der Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches miterledigt werden. Was die Hinzuziehung der Frau zum juristischen Beruf anbelangt, so sind sie schon jetzt zur ersten Prüfung zugelassen. Die gesetzliche Gleichstellung von Mann und Frau werden die weiteren Wege weisen. Die übrigen angeschnittenen Fragen werden bei dem Jugendgesetz herangezogen werden.

Abg. Sauerbrey (U. S.) hält an der Auffassung fest, daß Arbeiter anders behandelt würden wie zum Beispiel Fürst Eulenburg. Schon damit sei der Beweis erbracht, daß wir einen Klassenstaat haben. Redner klagt über schlechte Verpflegung und Behandlung der Untersuchungsgefangenen und fordert, daß die gefangenen Arbeiter nicht dem freien Arbeiter Konkurrenz machen dürfen. So nötig die Staatsform sei, so wenig sei er von einer Besserung überzeugt, denn der alte kapitalistische und reaktionäre Geist könne eben nicht beseitigt werden. Die Justiz habe stets den Kapitalismus geschützt, wie mit der Stellungnahme des Reichsgerichts zum Streik hervorgehe. Daß die Kriegsverbrecher heute noch frei umherlaufen, wird draußen nicht verstanden. Gegen die Rote Armee ist sofort eingeschritten worden, warum nicht gegen die hochverräterischen Generale. Verlangen müssen wir eine Erklärung des Ministers, daß die Sache mit der Königspartei tatsächlich eine Fälschung ist. Das Geständnis Runges stammt bereits vom 6. Januar 1920. Es ist an Noske und den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts von ihm eingesandt worden. Ich frage den Minister, ob er gegen den jetzigen Oberpräsidenten Noske und den früheren Präsidenten des Reichsmilitärgerichts Anklage wegen Unterschlagung wichtiger Aktenstücke erheben will. Eine von 7 Reichswehrsoldaten überfallene Frau in Rheinland-Westfalen soll ausgewiesen werden, weil der Prozeß der Regierung unbequem ist. Zahllos sind die Morde der Arbeiter in Westfalen durch Reichswehrsoldaten. Keine einzige Anklage hat der Staatsanwalt erhoben, das Proletariat wird diese Tat sühnen (erneuter Lärm; Zuruf: Hetzer!). Bei der ganzen Reform ist die Hauptsache, daß die alten ungesühnten Verbrechen gegen die Arbeiterschaft endlich ihre Erledigung finden, damit das Vertrauen zur Justiz wieder hergestellt wird. Erst die restlose Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. (Beifall b. d. Komm.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Die vom Vorredner angeführten Fälle werden dem zuständigen preuß. Justizministerium zur Erledigung überwiesen werden. Was sollen wir gegen General Ludendorff unternehmen, nachdem festgestellt ist, daß auf dem von der kommunistischen Presse veröffentlichten Dokument die Unterschriften von Ludendorff, Reventlow und Escherich gefälscht sind. (Lebhafte Hört, Hört-Rufe b. d. Mehrheit; Lärm b. d. Kommunisten.) Was haben Sie überaupt für ein Interesse daran, einen verdienten General zu verfolgen (Beifall rechts; Lärm links), ein Verfahren gegen ihn zu fordern, wenn die Untersuchung des Reichsgerichts festgestellt hat, daß ein Verdacht des Hochverrats gegen ihn nicht vorliegt. (Großer Lärm auf der äußersten Linken; Beifall rechts.) Gegen Kapp und die übrigen Beteiligten des Hochverrats sind Steckbriefe und Haftbefehle erlassen und ist die Vermögensbeschlagnahme verfügt worden. Die deutsche Justiz steht so hoch, daß sie sich auch durch Ihre unberechtigten Beleidigungen nicht hindern lassen wird, Gerechtigkeit zu üben, auch gegen Sie. (Beifall rechts; Unruhe b. d. US.) Ich warne Sie dringend, mit der Gewalt zu spielen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Der Gewalt wird die Reichsjustizverwaltung mit der allergrößten Energie und mit Erfolg gegenübertreten. (Stürmischer Beifall rechts; Lärm auf der äußersten Linken; erneuter langanhaltender Beifall rechts.)

Abg. Dr. Levy (Komm.): Dem Minister gegenüber wiederhole ich, es gibt in Deutschland Richter, die bewußt das Recht beugen zur Erreichung politischer Ziele. (Unruhe rechts; Beifall auf der äußersten Linken.)

In einer großen Reihe von Einzelfällen sucht Redner die Parteilichkeit der Justiz nachzuweisen. Erpressung von Geständnissen, widerrechtliche Festhaltung ohne Verhör sind an der Tagesordnung, wenn es sich um Kommunisten handelt. Die gestrige Schilderung des Ministers über die Schwierigkeiten einer Aburteilung der Kriegsverbrecher trifft nicht zu, denn es gibt auch Fälle, wo die Angeklagten sozusagen geständig sind. Wenn es sich um Offiziere handelt, beugt die Justiz ohne Bedenken das Recht, aber die Arbeiter kommen zuerst heran, ihre Sache ist ohne weiteres spruchreif. Gegen Ludendorff liegt soviel Material vor, daß es der letzten Veröffentlichung zu seiner Ueberführung nicht bedarf.

Abg. Bock (US.): Der Marburger Fall hat dem Faß den Boden ausgeschlagen, in ganz Thüringen gibt es keinen Menschen, der den Freispruch begreift. Von den 15 Arbeitern haben vielleicht zwei ein kleines Vergehen begangen, alle anderen waren aber unschuldig; es liegt ein glatter Mord vor.

Abg. Kahl ruft dazwischen: Alles ist längst widerlegt.

Abg. Bock fortfahrend: Wir verlangen eine Reform der Schwurgerichte. Ein Marburger Professor hat die Niederträchtigkeit besessen, die Studenten wegen ihrer Mordtat noch zu rühmen. (Vizepräsident Dr. Bell rügt diesen Angriff auf einen Professor.) Dieser Mann trat für die Mordbestien ein. (Stürmische Entrüstungskundgebung der Rechten.) Die Professoren sind ja gekennzeichnet durch den bekannten Ausspruch des früheren hannoverschen Königs: Professoren und Huren sind immer für Geld zu haben. (Minutenlange anhaltende stürmische Entrüstungskundgebung der Rechten, laute wiederholte Pfuirufe.)

Vizepräsident Dr. Bell rügt den Redner, ersucht aber das Haus, die lärmenden Zwischenrufe einzustellen.

Reichsjustizminister Dr. Heinze lehnt es ab, auf Einzelheiten einzugehen. Die Justiz werde sich im Sinne striktester Gerechtigkeit nach allen Seiten hin erhalten. Allen Anzeigen in Sachen der Kriegsverbrecher gebe das Reichsgericht in seinem strengen Pflichtgefühl nach. Als der Minister den Fall der Ermordung des Leutnants Schröder schildert, kommt es zu stürmischen Szenen.

Abg. Rosenfeld (US.) zieht aus dieser Darlegung des Ministers den Schluß, daß keine Hoffnung auf Besserung der Justiz bestehe. (Erneuter stürmischer Protest der Rechten; die Deutschnationalen verlassen den Saal.) Die Justiz sei ein Produkt des Kapitalismus und werde nie etwas für den Arbeiter übrig haben. (Großer Lärm; Vizepräsident Dr. Bell bittet um Ruhe.) Die nächsten Ausführungen des Redners werden zunächst überschrien und bleiben im Zusammenhange unverständlich. Alles schreit durcheinander.

Präsident Loebe greift ein und appelliert im Interesse des Ansehens des Hauses an beide Seiten des Hauses, sich zu mäßigen.

Abg. Rosenfeld fährt fort, von einer objektiven Rechtsprechung könne keine Rede sein. Es kann hier nur von subjektiver Rechtsprechung gesprochen werden.

Inzwischen geht ein Antrag auf Schluß der Debatte ein. Rechte, Zentrum und Demokraten stimmen dem Antrage zu, der dann unter lauten Zwischenrufen der Linken angenommen wird.

Auf Antrag des Abg. Hoffmann erhält Abg. Koenen (Komm.) das Schlußwort, während die bürgerlichen Parteien fluchtartig den Saal verlassen. Redner greift den Minister auf das Heftigste an, weil er Mordtaten offiziell gedeckt habe und damit den Beweis für seine Einseitigkeit erbrachte. Nach einem Wortwechsel zwischen dem Abg. Hörsing und den Unabhängigen und Kommunisten, in dessen Verlauf Abg. Hoffmann Hörsing der Trunkenheit beschuldigt, schließt Abg. Koenen: Herr Heinze hat sich heute als Chef der Klassenjustiz gezeigt. (Wegen dieser Worte erhält Abg. Koenen einen Ordnungsruf.)

In der Abstimmung wird der Etat angenommen, desgleichen der Antrag Radbruch und der Frauenantrag mit den Stimmen der Linken gegen die noch nicht wieder vollzählig versammelten bürgerlichen Rechten.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr nachmittags. (Schluß 7½ Uhr.)

„Demokratischer Bauernfang".

Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht die „Hallesche Zeitung" in Nr. 41 vom 26. d. Mts. einen Artikel, der in unverantwortlicher Weise den Parteisekretär Walther-Merseburg und die Demokratische Partei angreift. Hierzu wird von dem Hauptangegriffenen festgestellt:

1. Es ist unwahr, daß von Parteisekretär Walther vorgedruckte Formulare zum Preise von 25 Mk. angeboten werden. Vielmehr wird die Erledigung der Anträge kostenlos von der Deutschen demokratischen Partei übernommen. Ein einmaliger Beitrag kommt für die Siedler nur dann in Frage, wenn sie sich den Siedlungsgemeinschaften anschließen. Der Vorstand der Demokratischen Partei hat mit dem Vorstand der Siedlungsgemeinschaft nichts zu tun. Lediglich hat die Demokratische Partei Merseburg der Siedlungsgemeinschaften ihre Geschäftsräume zur Verfügung gestellt. Parteisekretär Walther ist von den Siedlungskommissionen einstimmig zum bevollmächtigten Vertreter gewählt worden.

2. Angenommene Anträge auf Siedlungsland werden von der Siedlungskommission den zuständigen Stellen zugeführt und die Vertretung der Antragsteller übernommen. Das Landeskulturamt Merseburg hat in erster Instanz mit der Siedlung nichts zu tun und können also dort keine Anträge liegen, weil die untergeordneten Kulturämter mit der Durchführung der Siedlung beauftragt sind.

3. Eine Vorspiegelung falscher Hoffnungen kommt nicht in Betracht, da das Siedlungsgesetz eine weitgehende Siedlung zugesteht und alle Besitzer über 400 Morgen einen Drittel ihrer Gesamtfläche zu Siedlungszwecken zur Verfügung stellen müssen.

4. Die Siedlung ist nicht erfolglos; gerade in den letzten Tagen waren wieder Siedlungstermine in Lauchstädt und Schafstädt, wo auf dem Vergleichswege den Antragstellern Land zur Verfügung gestellt wird.

5. Das Landeskulturamt kann nicht öffentlich gegen den Unfug auftreten, da die Gründung der Siedlungsgemeinschaften kein Unfug ist, sondern gesetzlich zulässig ist.

6. Die „Hallesche Zeitung" beweist durch ihren Artikel daß sie, da sie sachlich nichts gegen die Siedlung anführen kann, die Siedlung durch persönliche Kritik an Parteisekretär Walther zu verunglimpfen sucht.

7. Parteisekretär Walther ist heute morgen auf der Redaktion der „Halleschen Zeitung" gewesen und hat der Redaktion die Frage vorgelegt, ob sie den geschilderten Tatbestand vor Gericht verantworten könne; darauf ist eine ausweichende Antwort gegeben worden.

8. Sei festgestellt, daß von seiten der Deutschnationalen Volkspartei auf dem Lande mit allen Mitteln gegen die Siedlung gekämpft wird. Von ihren Rednern wird das Gesetz als Schwindel bezeichnet und erklärt, eine Siedlung kommt überhaupt nicht in Betracht. Die Deutschnationale Volkspartei fürchtet ihre Geldgeber zu verlieren, wenn sie für eine bauernfreundliche Politik eintritt.

Soweit die Feststellungen des Parteisekretärs Walther-Merseburg, die, wie uns mitgeteilt wird, auch der Schriftleitung der „Halleschen Zeitung" unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes mit dem Ersuchen um Veröffentlichung in der heutigen Morgennummer zugegangen sind. Die „Hallesche Zeitung" versucht auch im Anschluß an ihre gestrige Veröffentlichung, die Artikelserie „Demokratie und Vaterland" in der „Saale-Zeitung", die den stärksten Beifall unserer Leser gefunden hat, in einen Gegensatz zu dem Verhalten unseres Parteifreundes Walther zu bringen. Wir verzichten vorläufig auf eine Entgegnung. Das eine mag sich aber die Schriftleitung der „Halleschen Zeitung" gesagt sein lassen: Wenn etwa durch persönliche Gehässigkeiten von ihrer Seite aus wieder die Gefahr heraufbeschworen wird, den bevorstehenden Wahlkampf auf den Ton der Gasse zu stimmen, wie es bei den letzten Reichstagswahlen war, so wird sie uns gerüstet finden, ein solches Verfahren mit schärfsten Mitteln im Interesse der Allgemeinheit zu bekämpfen. Ehrabschneiderei ist des deutschen Volkes unwürdig.

Deutsches Reich.

Dr. Ing. h. c. Gustav Müller. Der Staatssekretär im Reichsministerium für Wiederaufbau Gustav Müller ist anläßlich der Jahrhundertfeier des Vereins zur Förderung des Gewerbefleißes zum Dr. ing. ehrenhalber der Technischen Hochschule Stuttgart ernannt worden.

Gipfel der Geschmacklosigkeit. Man konnte glauben, daß die Deutsche Volkspartei bei der vorigen Wahlagitation mit ihrem Flugblatt, das im übelsten Sportschieber-Jargon die volksparteilichen Kandidaten mit Jockeys verglich, nichts zu

Die Mark steigt.

Von

Martin Feuchtwanger.

(Nachdruck verboten.)

I.

Ich stehe morgens um 7 Uhr auf und wasche mich. Dann will ich mir die Zähne putzen. Gestern habe ich das letzte Restchen meiner Zahnpastentube benutzt und meine Frau gebeten, mir eine neue Tube zu besorgen. Es ist keine neue da. „Behilf dich ein paar Tage mit Wasser", sagt meine Frau. „Es wäre ein Jammer, wenn ich jetzt eine neue Tube kaufte. Die Mark steigt. Alle Preise fallen. In einigen Tagen bekommst du Zahnpasta um die Hälfte."

Auf dieses Steigen der Mark habe ich auch das Fehlen der Marmelade auf meinem Frühstückstisch zurückzuführen. Meine Damen bringen es nicht übers Herz, jetzt Marmelade zu kaufen, jetzt, wo die Mark steigt. „Das wäre unverantwortlich. Nächste Woche kannst du dein Brot doppelt so dick streichen und wir fahren dabei noch immer billiger als bisher."

II.

Ich fahre mit der Elektrischen ins Büro und der Wagenführer belehrt mich über das Steigen der Mark und über die bedeutsamen Folgen dieses Steigens. „Was sagen Sie dazu, daß die Mark jetzt so enorm steigt, Herr? Es war aber auch höchste Zeit. Da wird man sich doch endlich wieder einmal einen Anzug kaufen können und einen Mantel und ein paar Schuhe und Zigarren wird man auch wieder rauchen können. Es dauert noch ein paar Tage, dann fallen alle Preise, Sie können sich darauf verlassen. Ich habe es von einem echten Bankdirektor. Sehen Sie, wie die Elektrische leer ist? Ja, die Leute sparen jetzt, wo das Geld viel mehr wert ist."

Im Büro herrscht große Aufregung unter meinen Kollegen. „Also unsere Gehaltsforderungen sind glatt abgelehnt worden. Der Chef erklärte, jetzt, wo die Mark so steige, denke er gar nicht daran, die Gehälter zu erhöhen. Im Gegenteil, es sei mit einem gewaltigen Preisabbau zu rechnen und demzufolge müßten auch unsere Gehälter reduziert werden. Jetzt zu erhöhen, das wäre lächerlich."

III.

Der Chef läßt mich rufen: „Die Mark steigt, das wissen Sie. Bleibt es bei dieser Aufwärtsbewegung, so wird das gewaltige Folgen nach sich ziehen. So erfreulich diese Aufwärtsbewegung für den Staat und für das Volk ist, letzten Endes übrigens auch für uns, so müssen wir Kaufleute und Industrielle uns doch vorsehen. Bedenken Sie, daß wir unser Vermögen in den Waren stecken haben, und mit einem Schlag hat die Ware nur mehr die Hälfte des Wertes. Was das für uns bedeutet, das liegt auf der Hand. Wir müssen uns deshalb einschränken, wir müssen sparen. Schärfen Sie, bitte, den Damen und den Herren Ihrer Abteilung die größte Sparsamkeit ein. Spesen, Reiseunkosten, Briefbögen, Porti. Federn — sparen Sie, wo Sie können. Die Konkurrenz wird sehr scharf werden. Wir müssen auf der Höhe bleiben. Ich muß daher um Anspannung aller Kräfte bitten. Angesichts der Lage muß ich Sie bitten, Ihre Arbeitskraft auf das Höchstmaß zu steigern."

IV.

„Peterl", schmeichelt meine Frau am Mittag, „freust du dich denn gar nicht, daß die Mark so schön steigt? Denk doch mal daran, daß das Leben jetzt wieder viel billiger wird. Endlich werden die Sorgen ein Ende haben. Endlich kann man wieder aufatmen. Weißt du, du könntest jetzt auch einmal nobel sein. Da die Mark steigt, kannst du dir das leisten. Nimm dir für nächste Woche Urlaub und fahre mit mir nach München; ich möchte gar zu gerne einmal den Karneval kennen lernen. Auf die paar hundert Mark braucht es dir jetzt nicht mehr anzukommen. Du sollst sehen, wie klein unser Verbrauch in Zukunft sein wird bei diesem Steigen der Mark."

V.

Am Nachmittag präsentieren mir der Ofensetzer, der Tapezierer, der Tabakhändler und der Schneider ihre Rechnungen. Sie, die bisher immer versicherten, es dränge durchaus nicht, es habe Zeit, wollen mit einem Mal ihr Geld haben. „Die Mark steigt, Herr. Das Geschäft geht schlecht. Geld ist für unsereinen jetzt dringend nötig. Nehmen Sie mir's nicht übel, aber bis morgen muß ich mein Geld haben."

Ich seufze und gehe zum Bankier. „Ich brauche morgen 2000 Mark. Leider muß ich mich zum Verkauf von einer meiner schönen Fidonia-Aktien entschließen. Also wollen Sie morgen an der Börse eine zum Verkauf anmelden. Vorigen Monat standen sie 2700, soviel ich weiß." — „Gewiß. Aber heute stehen sie nur mehr 1600. Und wenn ich Ihnen raten soll, so würde ich fast empfehlen, gleich alle vier zu verkaufen. Die Mark steigt, steigt ununterbrochen. Die Industriepapiere fallen. Wenn die Bewegung anhält, dann können die Fidonia bis auf 1000 heruntergehen. Sie haben die Papiere zu 2100 gekauft. Verkaufen Sie heute, so verlieren Sie im ganzen 2000 Mark. Wollen Sie warten, so können Sie bedeutend mehr einbüßen." Ich verkaufe.

VI.

Zu Hause finde ich einen Brief meines Freundes Konstantin, des Malers: „Lieber Freund! Die Mark steigt; es ist niederträchtig. Du kennst meinen Vertrag mit der Galerie Bögeli in Zürich. Ich bekomme von der Galerie jeden Monat 500 Franken. Unser Haushalt ist natürlich nach diesem Einkommen zugeschnitten. Nun zahlt mir gestern meine Bank für die 500 Franken nicht viel mehr als die Hälfte von dem, was ich bisher bekam. Es ist niederträchtig; ich bin doch nicht schuld daran, daß die Mark steigt. Den Vorteil davon habt wieder Ihr Kaufleute. Ihr habt im Laufe der letzten Jahre soviel verdient, daß Ihr reiche Leute geworden seid. Und mit einem Mal hat Euer Geld den doppelten Wert, Ihr Glücklichen. In Anbetracht unserer Freundschaft weiß ich, daß ich keine Fehlbitte tue, wenn ich Dich ersuche, mir morgen 5000 Mark zu leihen." Nachschrift: „Es können auch 10 000 Mark sein."

VII.

Das Abendessen ist mager. Meine Frau kann sich nicht dazu entschließen, die teuren Lebensmittel zu kaufen. „Schränken wir uns ruhig jetzt ein wenig ein. Wenn die Preise sinken, werden wir uns dafür entschädigen", meint sie. Müde und hungrig will ich mich ins Bett legen. Ich bin im Begriff, das Licht in meinem Arbeitszimmer auszudrehen, da kommt schüchtern und verlegen, an der Schürze herumzupfend, das Dienstmädchen herein: „Nehmen Sie mir es nicht übel, aber . . . aber . . . die Mark steigt doch jetzt so, sagen sie alle. Und da habe ich mir gedacht, wenn alles steigt, sogar die Mark, ob da nicht auch mein Lohn steigen könnte."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210127016/fragment/page=0002

Uebertreffendes geleistet habe. Das war ein Irrtum. Sie verbreitet jetzt ein Wahlflugblatt, wo auf der ersten Seite steht: „Hunderttausend Mark Belohnung! Personalakten verloren!" und auf der Rückseite Betrachtungen daran knüpft, was ein Arbeiter tun würde, wenn er das Halsband fände. Er würde jedenfalls die Belohnung nicht an der Parteikasse abgeben, sondern sich Haus und Garten dafür kaufen. Bei diesem Flugblatt hat die Partei von Besitz und Bildung sicherlich mehr an den Besitz als an die Bildung gedacht.

Auslands-Rundschau.

Der Zusammenbruch Petersburgs. Tschitscherin hat die freie Ausfahrt der in Petersburg auf Befehl der Sowjetregierung festgehaltenen lettischen Schiffe verfügt. Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt jetzt 250 000 Einwohner habe. Der Mangel an Lebensmitteln ist viel größer als in Moskau. Von St. Petersburg abreisende Privatpersonen sind verpflichtet, Geiseln als Sicherheit für ihre Rückkehr zu stellen. Aber nichtsdestoweniger nimmt die Zahl der Bevölkerung in St. Petersburg schnell ab.

Die lettisch-litauische Grenzkommission hat die übereinstimmenden lettischen und litauischen Karten der Grenzzone geprüft. Hiermit werden die theoretischen Debatten über die Grenzen als beendigt betrachtet. Die Vollkommission wird die Sitzungen nicht vor dem 1. Februar wieder aufnehmen und in der Zwischenzeit werden die Unterkommissionen das Material vorberaten und Untersuchungen an Ort und Stelle der strittigen Gebiete vornehmen. Die Delegierten der lettisch-russischen Grenzkommission für die praktische Festlegung der lettisch-russischen Grenzlinie haben ebenfalls ihre Arbeit aufgenommen.

Französische Niederlage im Aleppo-Gebiet. In Moskau sind Meldungen von einem großen Aufstand eingetroffen, der im Gebiet von Aleppo gegen die Franzosen ausgebrochen sei. Die französischen Truppen hätten Aleppo verlassen, wobei ihnen die Araber 3 Geschütze, viele Maschinengewehre und Gefangene abgenommen hätten.

Halle und Umgebung.

Halle, den 27. Januar 1921.

Oberschlesier! Helft eure Heimat retten!

Am Donnerstag, den 3. Februar, abends 6 Uhr, läuft unwiderruflich die Frist ab, bis zu welcher die Eintragung in die Stimmlisten erfolgt sein muß. Jede später eintretende Anmeldung wird zurückgewiesen. Die Gemeinde- und Polizeibehörden kennen in der Regel alle in ihrem Bezirk wohnenden Oberschlesier. Sie werden ersucht, durch persönliche Fühlungnahme dahin zu wirken, daß kein Stimmberechtigter unangemeldet bleibt. Die in Zeitungen erhobene Beschuldigung, es würden den Abstimmenden Gefahren und Schwierigkeiten erwachsen, ist hinfällig. Der Interalliierte Ausschuß hat den Willen und die Macht, alle nach der Heimat zur Abstimmung reisenden Oberschlesier nachdrücklich zu schützen. Es wäre unendlich schmählich und unehrenhaft, wollte auch nur ein Oberschlesier sich durch nur eingebildete Gefahren davon abhalten lassen, die Reise zur Abstimmung zu unternehmen.

Aber die Reise ist zwecklos, wenn vorher nicht die Eintragung in die Stimmliste bewirkt worden ist. Die Eintragung ist vorerst das Wichtigste. Dann kann jeder immer noch entscheiden, ob er reisen will oder nicht, denn die Eintragung verpflichtet noch nicht zur Abstimmung, sie ist nur die unerläßliche Voraussetzung dafür. Es muß deshalb dafür gesorgt werden, daß bis zum 3. Februar abends 6 Uhr alle Oberschlesier in die heimatlichen Stimmlisten eingetragen sind.

Anmeldung der Schulneulinge.

Die Anmeldung der zu Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Schulneulinge erfolgt für die städtischen Schulen am Montag, den 31. Januar, nachmittags von 2—5 Uhr. Schulpflichtig ist jedes Kind, das bis zum 30. Juni 1921 sein sechstes Lebensjahr vollendet. Anträge auf Zurückstellung schulpflichtiger Kinder wegen Krankheit sind bei der städt. Schuldeputation einzureichen. Kinder, die in den Vorjahren zurückgestellt worden sind, müssen erneut angemeldet werden. Andererseits können Kinder, die im Jahre 1921 erst nach dem 30. Juni sechs Jahre alt werden, nicht in diesem, sondern erst im nächsten Jahre in die Schule aufgenommen werden. Die Aufnahme geschieht nur noch in die gemeinsame Grundschule, nicht mehr in die unteren Klassen der Mittelschule, Vorschule und des Lyzeums.

Bei der Anmeldung ist der Impfschein und der Taufschein, bei ungetauften Kindern der Geburtsschein, vorzulegen. Wenn Kinder an einem Sprachfehler leiden, so ist bei der Anmeldung darauf hinzuweisen, damit solche Kinder nötigenfalls einer besonderen Sprachheilklasse zugeteilt werden können.

Ein Dutzend Störe war heute an der Anstalt Nietleben zu beobachten. — Die Wiesen der Rennbahn sind teilweise überschwemmt.

Familien-Nachrichten

Geboren: Hans Schlack, Hamburg (S.), Paul Bartsch, Halle (S.).

Verlobte: Röschen Jorns, Berga — Max Gebler, Wansleben.

Gestorben: Kontoristin Karl Lüttge, Halle. Frau Auguste Moritz geb. Pupps, Reideburg (69 J.). Frau Klara Brandt geb. Herz, Rittergut Wolfersdorf (Bez. Magdeburg). Emil Eichstädt, Halle (59 J.). Karl Konrad, Halle. Wolfgang Zeh, Halle (11 J.).

Kunst und Wissenschaft.

w. **Das Schicksal Bayreuths.** Leipzig, 26. Jan. Siegfried Wagner erklärte einem Berichterstatter der „Leipziger Zeitung" über die Zukunftspläne Bayreuths, daß eine Aktion im Gange sei, Geldmittel zur Wiedererweckung der Festspiele zu beschaffen. Von dem Erfolg dieser Aktion hänge die Festsetzung der künftigen Festspieltermine ab.

Provinzial-Nachrichten.

Eisenbahnunglück.

w. **Erfurt**, 26. Jan. Heute nachmittag gegen 2 Uhr fuhr auf dem hiesigen Güterbahnhof der Personenzug 615 einem Güterzug in die Flanke. Hierbei wurden beide Lokomotiven schwer beschädigt und einige Abteile eines Personenwagens eingedrückt. Es sollen zahlreiche Personen verletzt sein.

Nach dem amtlichen Bericht sind bei dem Eisenbahnunglück auf dem Erfurter Güterbahnhof 14 Personen, darunter einige Schüler, schwer verletzt worden. Todesfälle sind nicht vorgekommen. Der Materialschaden ist groß.

w. **Aschersleben**, 26. Jan. (Erschlagen. — Gegen eine Verkehrsverbesserung.) Der bei seinen Schwiegereltern in der Marienstraße wohnende Arbeiter Sch. geriet am Sonntag abend mit seiner 23jährigen Ehefrau in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf er derart in Zorn geriet, daß er sie mit einem Stock über den Kopf schlug. Die Frau brach ohnmächtig zusammen und ist jetzt an den Folgen des Schlages verstorben. — Die Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt plant vom Frühjahr ab eine regelmäßige Autoverbindung zwischen Aschersleben und Hargerode, welche den ganzen Kreis Ballenstedt durchquert und auch die Nachbarstadt Hoym berühren soll. Von jeder Gemeinde wird die Hergabe eines unverzinslichen Darlehns mit 60 000 Mk. sowie ein jährlicher Zuschuß von 3000 Mk. verlangt. Obgleich Hoym bisher keine regelmäßigen Verbindungen aufzuweisen hat, versagte der Gemeinderat Hoym die Genehmigung dieser Summen.

Bad Ilmenau, 26. Jan. (Interessantes Notgeld.) Unsere Stadt gibt in aller Kürze Notgeld in 10-, 20-, 25- und 50-Pfg.-Scheinen heraus, das infolge seiner Eigenartigkeit in den weitesten Sammlerkreisen Anklang finden wird. In künstlerischer Ausführung stellt ein Schein die an die bewohnten Berghänge angelehnte Stadt dar; der andere wieder zeigt den an klassischen Erinnerungen reichen und von Tausenden von Fremden gern besuchten Kickelhahn; der dritte Schein zeigt uns Goethe vor seinem Häuschen an dem Abend, als er der Welt das zarte, feinfühlende: „Ueber allen Wipfeln ist Ruh" schenkte, und der vierte Schein führt uns in die in Ilmenau heimische, weltberühmte Glas- und Thermometerindustrie. Im Hauptbild sind die Technischen Staatsanstalten (Prüfamt für Thermometer und Feinmechanik), das Innere einer Glashütte im Betrieb und eine Glasbläserei dargestellt.

Vermischtes.

Kapitän König am Leben. Die telegraphische Meldung von dem Tode des bekannten Handels-U-Boot-Führers Kapitän König, die in seiner Vaterstadt eingetroffen war, bestätigt sich erfreulicherweise nicht. Es handelt sich um eine Person verwechslung. Kapitän König, der Führer der „Deutschland", ist als Direktor der Nautischen Abteilung des Norddeutschen Lloyd in Bremen tätig. Wie uns auf unsere Anfrage in Bremen erklärt wurde, befindet sich Kapitän König, der überhaupt nicht mehr zur See fährt, gegenwärtig zur Erholung in Brockendorf (Schlesien).

Ein Geldschieber gefaßt. Beim Eintreffen des Wiener Schnellzuges in Passau wurde ein durchreisender griechischer Staatsangehöriger von den österreichischen Finanzwachtbeamten angehalten. Der Mann wollte acht Millionen Kronen in Gold verschieben. Das Gold wurde beschlagnahmt.

Hingerichtet. In Elbing wurde der Doppelmörder Schulz, der, bei einem Kuhdiebstahl ertappt, zwei Polizeibeamte hinterrücks erschossen hatte, hingerichtet.

Begründung. „Wie kamen Sie dazu, den Kläger ein Schaf zu heißen?" — „Er hatte zu mir gesagt, ich solle ihn ungeschoren lassen."

Sport der „Saale-Zeitung".

Telegraphische Wetterberichte.

Im Oberharz, Brocken- und Bruchberggebiet und Thüringer Wald sind im Durchschnitt etwa 40 Zmtr. Schneehöhe, Neuschnee. Brocken: Barometer 885 Millimeter steigend, 11 Grad Kälte, Nordwind Stärke 4. 30 Zmtr. Schneehöhe, anhaltendes Wetter ist zu erwarten. Elend bei Schierke, Benneckenstein. Hohegeiß: 30 bis 40 Zmtr. Schneehöhe. Braunlage: ca. 25 Zmtr. Schneehöhe. 6 Grad Kälte, Barometer 732 Millimeter steigend, aufklärendes Wetter, Nordnordwestwind. Schneeverhältnisse gut. Rodel- und Schlittenbahn vorzüglich. Schlöre auf Harsch. Neuschnee. Vom 29. bis 31. Januar 1921 findet in Braunlage das Winterfest statt. Die Wetteraussichten hierfür sind günstig. In der Schweiz in St. Moritz: Minus 5 Grad, 60 bis 75 Zmtr. Schneehöhe. Schneefall. Arosa, Davos: Minus 3 Grad, Schneefall. Schneehöhe etwa 1 Meter.

Bad Flinsberg i. Riesgeb. Wetterbericht vom 26. Januar 1921: Barometerstand: fallend. Temperatur 8 Uhr. früh: — 8 Grad C., 4 Uhr nachmittags: — 5 Grad C. Wetter: heiter und klar. Schneeverhältnisse: Neuschnee 15—35 Zmtr. Sportverhältnisse: Skiführe sehr gut.

Lichtbildervortrag der Ortsgruppe Halle des Oberharzer Skiklubs. Heute, Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Halle des Oberharzer Skiklubs (OHSK) im großen Hörsaal der Universität (Auditorium maximum) einen Lichtbildervortrag, den der Laufwart der Ortsgruppe, Herr Architekt Kuesler, über Technik des Schneeschuhsports, über Kleidung, Ausrüstung, Ausmahl der Schneeschuhe, Holzarten, Bindungen und Literatur halten wird. Anschließend daran soll eine Reihe von Winterlandschaftsaufnahmen und Wintersportbildern, die sich lediglich auf den Oberharz beziehen, mit einigen kurzen Erläuterungen vorgeführt werden. Den Schluß der Veranstaltung bildet die Besichtigung von ausgestellten Wintersportgeräten und Ausrüstungsgegenständen. Für den Vortragsabend sind Freunde des Wintersports gern willkommen.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Hat die Abstimmung in Oberschlesien einen Zweck?

Seltsame Ansichten in Ententekreisen.

DA. **Kattowitz**, 26. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) In oberschlesischen Kreisen, die der Entente nahestehen, macht sich in letzter Zeit immer mehr die Ueberzeugung geltend, daß das Schicksal Oberschlesiens bereits vor der Abstimmung entschieden werden wird. Das erscheint diesen Kreisen um so mehr der Fall, als die Abstimmung selbst nach dem Friedensvertrag keineswegs die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens bringen werde. Im Abschnitt VIII Art. 87/88 des Friedensvertrages, Anhang § 5 heißt es:

Bei Abschluß der Abstimmung wird die Stimmenzahl in jeder Gemeinde den alliierten und assoziierten Hauptmächten von dem Ausschuß mit einem erschöpfenden Bericht über den Wahlgang mitgeteilt. Beizufügen ist ein Vorschlag über die in Oberschlesien unter Berücksichtigung der Willenskundgebung der Einwohner sowie der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands anzunehmende Linie.

§ 6. Sobald die Grenzlinie von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgelegt ist, hat der Ausschuß den deutschen Behörden mitzuteilen, daß sie die Verwaltung des als deutsch anerkannten Gebietes wieder zu übernehmen haben; die bezeichneten Behörden haben dies im Laufe des auf diese Benachrichtigung folgenden Monats in der vom Ausschuß vorgeschriebenen Weise zu tun.

Sehr beachtenswert und bezeichnend für die Psyche der in Oberschlesien anwesenden Mitglieder der Ententevölker ist es, daß diese annehmen, daß die letzte Entscheidung über die Grenzen Oberschlesiens nicht durch die Abstimmung getroffen werde, sondern aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, allerdings im Zusammenhang mit dem Abstimmungsergebnis, durch die Entente selbst. Man macht deshalb auch in jenen Kreisen kein Hehl daraus, daß die Volksabstimmung die Entscheidung nicht bringen könne, weil durch die lange Anwesenheit der Ententevertreter die oberschlesische Frage bereits jetzt genügend weit geklärt sei. Das macht sich auch bereits in oberschlesischen Arbeiterkreisen bemerkbar, die angesichts dieser Stimmung, das Bedürfnis haben, den Folgen der Abstimmungspropaganda selbst zu entgehen und die deshalb die Möglichkeit der Lösung des oberschlesischen Problems auf wirtschaftlichem Wege zu finden hoffen.

Die Teuerungszulage für die Kriegsbeschädigten

NTV. **Berlin**, 26. Januar. (Drahtnachricht.) Dem Ausschuß des Reichstages für die Kriegsbeschädigtenfrage ist zur Verbesserung der Rentenbezüge ein gemeinsamer Antrag der Parteien vorbereitet, wonach die Reichsregierung unverzüglich Schritte unternehmen soll, um die Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Januar 1921 um 10 Prozent zu erhöhen und die Stufe des einkommensteuerpflichtigen Einkommens je um 2000 Mark zu erhöhen. Der Reichstag hat unter dem 16. Dezember 1920 einen ständigen Ausschuß von 21 Mitgliedern für Beamtenangelegenheiten eingesetzt, der insbesondere die Aufgabe hat, in dauernder Verbindung mit der Reichsregierung und den Vertretern der Beamten die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Bedeutung für die Beamtenlohnfrage fortlaufend zu verfolgen und notwendig werdende Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen. Dieser Ausschuß hielt am 26. Januar seine erste Sitzung ab und erhob dagegen Einspruch, daß der Beamtenausschuß nicht mit bei der Regelung der Teuerungszulagen befragt worden sei.

Neuregelung der militärischen Besetzung des Rheinlandes.

DA. **Köln**, 26. Januar. (Eig. Drahtn.) Wie das „Echo du Rhin" meldet, finden gegenwärtig zwischen dem belgischen General Maglinse und dem französischen General Degoutte in Paris Verhandlungen über die Neuregelung der militärischen Besetzung des Rheinlandes statt. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man diese Verhandlungen in Paris mit der mehrfach angekündigten Absicht des neugewählten Präsidenten Harding, die amerikanischen Besatzungstruppen baldmöglichst zurückzuziehen, in Zusammenhang bringt. Es bände demnach die Ersetzung der Amerikaner durch französische oder belgische Besatzungstruppen zu erwarten.

Eine Gesamtorganisation der deutschen Juden

DA. **Berlin**, 26. Januar. Solange die Ordnung der kirchlichen Angelegenheiten im Deutschen Reiche der Landesgesetzgebung unterstand, hat es mit Ausnahme einiger, meist süddeutscher Bundesstaaten und mehrerer neupreußischen Provinzen an einer staatlichen Zusammenfassung der jüdischen Gemeinden gefehlt. Die daraus erwachsenen, sehr fühlbaren Mängel, sind seit einem halben Jahrhundert durch den kurz vor der Reichsgründung ins Leben getretenen Deutsch-Israelitischen Gemeindebund, soweit dies einer auf Freiwilligkeit aufgebauten Organisation möglich war, gemildert worden. Für eine Reihe von wichtigen Aufgaben, die außerhalb der Kompetenz des Gemeindebundes lagen, ist eine ganze Anzahl von Spitzenkörperschaften tätig gewesen.

Dies konnte nicht hindern, daß der Wunsch nach einer einheitlichen Zusammenfassung aller im deutschen Judentum wirksamen Kräfte rege geblieben ist. Die neue Reichsverfassung, die im Artikel 137 die Möglichkeit geschaffen hat, öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften auf Grund freiwilligen Zusammenschlusses von Religionsgemeinden zu begründen, hat die Gelegenheit dazu, den bisherigen Mangel zu beseitigen. Abgesehen von den ideellen Beweggründen, bietet die gegenwärtige, durch äußere Feindseligkeit gefährdete Lage der deutschen Juden und die wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Notlage der durch Abwanderung nach der Großstadt leistungsunfähig gewordenen kleinen Gemeinden und ihrer Beamten einen dringenden Anlaß zur Benutzung der durch den Artikel 137 geschaffenen Möglichkeit einer Gesamtorganisation des deutschen Judentums. Der Deutsch-Israelitische Gemeindebund hatte die Initiative zur Begründung einer solchen ergriffen und einen von Dr. Jomar Freund verfaßten Entwurf einer Gesamtorganisation, in die sich der Gemeindebund auf dem statutenmäßig vorgeschriebenen Wege der Zustimmung durch seinen Gemeindetag verwandeln wollte, vorgelegt. Dieser Gemeindetag hat am 23. Januar d. Js. unter Beteiligung von 609 Gemeinden und Gemeindeverbänden, die durch 326 Delegierte mit 1158 Stimmen vertreten waren, in Berlin stattgefunden. Die Vertreter aller Richtungen waren einig in dem lebhaften Wunsche, zu der Gesamtorganisation zu gelangen. Alle Beteiligten haben sich zu weitgehenden Opfern entschließen müssen, denn wohl alle hatten von ihrem religiösen oder politischen Standpunkte oder von finanziellen Gesichtspunkten aus auf die Erfüllung so mancher Wünsche zu verzichten und große Verpflichtungen zu übernehmen. Den Sieg hat der demokratische Geist, der den Freundschen Entwurf durchweht, davongetragen. Dieser ist. Gemeindetag gestaltete sich auch zu einem Ehrentag für den Vorsitzenden des Gemeindebundes, Herrn Prof. Dr. Kalischer, der sein Lebenswerk gekrönt sah.

Die schwarzen Pocken in Posen.

Danzig, 26. Januar. Der Magistrat und die Gesundheitskommission der Stadt Posen geben durch Anschlag die Verbreitung der schwarzen Pocken in Posen bekannt.

Kommunistenverhaftungen in Paris.

Paris, 26. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Bei einer Razzia der hiesigen Polizei wurden 700 Personen verhaftet, von denen der größte Teil im Verdacht steht, kommunistische Propaganda zu betreiben. Die Polizei von Paris hat strenge Anweisungen erhalten, mit der größten Schärfe gegen die bolschewistischen Agitatoren vorzugehen.

Entente-Unstimmigkeiten.

Berlin, 26. Januar. Die Sächsische Landeswetterwarte, das Aeronautische Institut in Lindenberg und die geophysikalischen Anstalten in Leipzig und Frankfurt hatten die Interalliierte Kontrollkommission gebeten, die Entfernungsmesser aus militärischen Beständen, die nach dem Friedensvertrage zur Zerstörung abgeliefert werden müssen, ihnen für wissenschaftliche Zwecke zu überlassen. Die Interalliierte Kontrollkommission hat diese Bitte abgeschlagen und die Zerstörung des wertvollen Instrumente angeordnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210127016/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nb. An den deutschen Rohzuckermärkten nahm der Geschäftsverkehr während der Berichtwoche keinen großen Umfang an. Zunächst galt es, noch den letzten Rest der für die beiden ersten Monate des neuen Jahres zur Lieferung an die Raffinerien freigegebenen Rohzuckermengen zu verteilen. Nebenher kam es dann verschiedentlich auf Sonderanweisung kleiner Posten Rohware aus den Raten, die bestimmungsgemäß erst in den Monaten März bis Mai zur Verteilung kommen sollten. Diese Zuweisungen erfolgten auf besonderen Antrag, dem die Reichszuckerstelle stets nach Möglichkeit nachzukommen sucht. Auch durch notwendig gewordene Berichtigungen aus früheren Zuteilungen von Ersterzeugnissen und Nachprodukten wurde der Markt zeitweise etwas belebt. Die Vermeidung des Eisenbahnerstreiks und die Vollschiffigkeit der Flußläufe und Kanäle ermöglichten guten Fortgang der Ablieferungen des rohen wie des raffinierten Zuckers, wenn die Gestellung von Eisenbahnwagen auch noch immer zu wünschen übrig ließ. Von dem wieder zusammengetretenen Reichstag erwarten die am Zucker besonders beteiligten Kreise die Entscheidung darüber, ob die Zwangswirtschaft für Zucker nächster Ernte fällt oder nicht. Es wäre sehr zu wünschen, wenn der Reichstag zu dieser Frage so bald als möglich Stellung nimmt und sich dahin entscheidet, daß die Zwangswirtschaft mit Schluß des laufenden Betriebsjahres ihr Ende erreicht, wodurch allein es möglich sein wird, den Rübenanbau und damit die Zuckererzeugung kräftig zu heben. Die Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung des Zuckers ist auch die Vorbedingung dafür, daß Deutschland in nicht zu ferner Zeit seinen alten hervorragenden Platz am Weltzuckermarkte wieder einnimmt.

Am Raffinademarkte bewegte sich der Verkehr in verhältnismäßig ruhigen Bahnen, soweit die Abwicklung neuer Geschäfte in Frage kommt. Bezugsscheine wurden den Raffinerien nur noch von einigen Nachzüglern vorgelegt, dagegen nahmen die Ablieferungen, größtenteils auf dem Wasserwege, beträchtlichen Umfang an. Die Raffinerien befinden sich in voller Tätigkeit, und bisher ist es ihnen gelungen, die Verarbeitung des Rohzuckers, dessen Herstellung in den Rübenzuckerfabriken nunmehr beendet ist, ohne Unterbrechung fortzuführen. Vielfach wird schon jetzt eine Heraufsetzung der monatlichen Bezüge an Verbrauchszucker für die Haushaltungen verlangt. Das kann aber ohne weiteres noch nicht geschehen. Zunächst müssen die Zucker verarbeitenden Gewerbe mit inländischem Zucker bedacht werden, um die Einfuhr ausländischen Zuckers vermeiden zu können. Das liegt im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, und man wird sich für dieses Jahr noch damit abfinden müssen, mit der gleichen Menge wie bisher auszukommen. Wahrscheinlich ist es aber, daß in den Sommermonaten besondere Zuweisungen für Einmachezwecke werden erfolgen können.

In Zuckermelasse bestand reger Verkehr, wobei etwas höhere Preise als in der Vorwoche bezahlt wurden. Wiederum handelte es sich hauptsächlich um Nachfrage für industrielle Zwecke.

Die Rübenabschlüsse nehmen weiteren langsamen Fortgang.

London, 2. Jan. In der heutigen Wollauktion kam die im Privatbesitz befindliche Wolle zu Preisen zum Verkauf, die die Verkäufer befriedigte.

Neue Uebersichtskarte der Deutschen Kali-Industrie. Die Bankfirma Gebr. Dammann (Hannover), bringt eine Neuauflage ihrer bekannten Kalikarte heraus, der ein Handbuch beigegeben ist, das in knapper Form allgemein interessierende Angaben über die einzelnen 7 Kaliunternehmungen enthält. Das Werk dürfte sicherlich allen Interessenten willkommen sein.

Das Stickstoffsyndikat beschloß eine Preisklausel, wonach Preisherabsetzungen für Lieferungen bis zum 31. Mai 1921, die von ihm beschlossen werden, rückwirkend allen Lieferungen ab 1. Dezember 1920 zugute kommen sollen.

Die Häute-Auktion in Naumburg verlief ruhig. Bei geringem Angebot erzielten Rindshäute in leichten Gewichten letzte Preise, während schwere Ware bis zu 30 Prozent zurückging, Kalbfelle erfuhren 5 bis 10 Proz. Abschlag.

Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft in Köln. Die Gesellschaft hat neuerdings zum Buchwert die im Kreise Düren belegenen Bahnen ihres Konzerns an den Landkreis verkauft. — Von der Brohlthalbahn sind Verhandlungen mit Anliegern der Bahn aufgenommen worden, um den Betrieb abzustoßen; andernfalls müßte eine Stillegung der Bahn erfolgen.

Elektrische Licht- und Kraftanlagen A.-G. in Berlin. Der G.-V. wird die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (gegen 0, 0, 5, 5, Prozent in den Jahren 1918/19—15—16) vorgeschlagen. Außerdem wird die Erhöhung des Grundkapitals um 20 auf 60 Millionen Mark beantragt. Die Kapitalserhöhung soll dem Ausbau und der Erweiterung der Beteiligungen dienen, nachdem die bei Jahresabschluß vorhanden gewesenen reichlichen Mittel bereits lohnende Verwendung gefunden haben. Die jungen Aktien sollen von einem Bankenkonsortium übernommen und den Aktionären zu 115 im Verhältnis von 1:2 angeboten werden.

Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G.

Unsere Leser wissen es schon aus unserem kurzen Bericht im gestrigen Abendblatt: der Krieg zwischen den feindlichen Brüdern Petschek, der schon im vorigen Jahre die Abstimmung in der Generalversammlung entscheidend beeinflußt hat, kam auch in der gestrigen außerordentlichen Hauptversammlung wieder zum Ausbruch. Werschen-Weißenfels ist wohl die einzige Gesellschaft ihrer Art, die ihr Aktienkapital seit Jahren nicht erhöht hat. Ein Antrag auf Kapitalerhöhung, den die Gesellschaft im vorigen Jahre stellte, scheiterte an dem Widerspruch von Ignaz Petschek (Aussig). Jetzt kam die Verwaltung erneut mit einem Antrag auf Kapitalerhöhung. Das Kapital sollte von 14 Millionen auf 28 Millionen Mark erhöht werden durch Ausgabe von 11 665 Stück über 1200 Mark Nennwert und von einem Stück über 2000 Mark lautende Inhaberaktien mit halber Dividendenberechtigung für das laufende Geschäftsjahr. Ein Bankkonsortium sollte die jungen Aktien zu 115 Prozent übernehmen (zuzüglich 4 Proz. Stückzinsen) und sie den alten Aktionären im Verhältnis von 1 zu 1 zum gleichen Kurs anbieten.

Herr Generaldirektor Dr. Scheithauer gab zur Begründung einen eingehenden Bericht, der im Wesentlichen folgendermaßen lautete:

In der ordentlichen Generalversammlung vom 5. Juli 1920, in der wir erstmalig die Erhöhung unseres Aktienkapitals, und zwar damals um 7 Millionen Mark, in Vorschlag brachten, hat die Verwaltung eingehend die Gründe dargelegt, die sie zu diesem Antrage veranlaßten. Die wirtschaftlichen Gründe haben heute, wo wir Sie um den Beschluß bitten, unser Aktienkapital von 14 auf 28 Millionen Mark zu erhöhen, durch die weitere Entwicklung noch eine wesentliche Verstärkung erfahren.

Bevor wir darüber ins Einzelne eingehen, möchten wir bemerken, daß die Kohlenförderung unserer Gesellschaft sich in den Jahren 1918/19 und bezw. 1919/20 folgendermaßen gestaltet hat:

Gesamte Kohlenförderung: Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen A.G. 1918/19, 1 745 016,59 Tonnen, 24 430 232 Hektoliter, 1919/20 1 910 694,70 Tonnen, 26 749 726 Hektoliter; Gewerkschaft Christoph Friedrich, 1918/19 863 117,86 To., 12 083 650 Hektoliter, 1919/20 745 623,96 Tonnen, 10 438 735 Hektoliter; zusammen: 1918/19 2 608 134,45 Tonnen, 36 513 882 Hektoliter; 1919/20 2 656 318,66 Tonnen, 37 188 461 Hektoliter.

Hiervon: I. Absatz von Rohkohle: Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. 1918/19, 290 992,42 Tonnen, 1919/20 [illegible] To.; Gewerkschaft Christoph-Friedrich 1918/19 142 629,61 To., 1919/20 116 038,58 To.; zus.: 1918/19 433 622,33 To., 1919/20 485 259,22 To.

II. Brikettproduktion: Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. 1918/19 378 771,35 To., 1919/20 410 206,50 To.; Gewerkschaft Christoph-Friedrich 1918/19 268 208,70 Tonnen, 1919/20 262 624,62 To.; zusammen: 1918/19 646 980,05 To., 1919/20 672 831,12 To.

Absatz von Briketts: Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. 1918/19 363 534 To., 1919/20 382 484,90 Tonnen; Gewerkschaft Christoph-Friedrich 1918/19 261 467,51 To., 1919/20 249 559,55 To.; zusammen: 1918/19 625 001,51 To., 1919/20 632 044,45 To.

III. Naßpreßsteinproduktion: Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. 1918/19 35 367,375 To., 1919/20 28 237,62 To.

Absatz von Naßpreßsteinen: Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. 1918/19 34 743,79 To., 1919/20 27 361,16 To.

IV. Grudekoksproduktion: Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. 1918/19 78 567,63 To., 1919/20 76 204,225 To.

Absatz von Grudekoks: Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. 1918/19 78 260,60 To., 1919/20 76 987,815 To.

Sie ersehen aus diesen Zahlen die Größe unseres Unternehmens. Sie können weiter schon aus diesem Umfange unserer Betriebe schließen, in welchem Maße unsere Mittel durch die Steigerung der Lohne, die hohen Preise der Materialien und den großen Aufwand, den auch alle sonstigen Bedürfnisse unseres Unternehmens erheischen, in Anspruch genommen werden.

Im laufenden Geschäftsjahr 1920/21, das erst am 31. März 1921 sein Ende erreicht, hat die Steigerung der Produktion ihre Fortsetzung erfahren. Die Kohlenförderung ist bisher gegenüber dem gleichen neun Monate umfassenden Zeitraum des Vorjahres um 1½ Millionen Hektoliter und die Brikettproduktion um 70 000 Tonnen gestiegen.

Gilt dies, was eben vorgebracht wurde, von unseren Kohlenprodukten, so sind die gleichen Erscheinungen bei unseren chemischen Betrieben hervorgetreten. Bekanntlich erzeugt die Gesellschaft aus dem Braunkohlenteer in ihren Mineralölfabriken Oele aller Art, Paraffin, Kerzen und Nebenprodukte, wie Asphalt usw., und die Instandhaltung solcher Fabrikationsbetriebe nimmt vollends hohe Mittel in Anspruch.

Unsere Löhne betragen auf Grund der seit dem 1. November 1920 gewährten neuen Lohnzulage über 86 Millionen Mark jährlich, was etwa das dreißigfache von der im Jahre 1913/14 gezahlten Lohnsumme ausmacht, während wir im Juli 1920 nur mit einer Jahreslohnsumme von 48 Millionen Mark — also um 38 Millionen Mark weniger — zu rechnen brauchten.

Der Gesamtbetrag der Ausgaben auf einer Seite des Hauptbuches hat sich weiterhin wesentlich gesteigert und hat in den ersten 9 Monaten des Betriebsjahres 1920/21 150 Millionen Mark betragen. Dabei sind die von uns gebrauchten Materialien gar nicht oder nur um ein Geringes seit dieser Zeit gesunken. Es liegt auf der Hand, daß bei einem solchen Geldbedarf allein für die laufenden Betriebsausgaben wir mit unseren Mitteln unmöglich ausreichen können.

Es muß hierbei auch des Umstandes gedacht werden, daß während der Kriegszeit die Instandhaltung der Werksanlagen auf das Notwendigste beschränkt werden mußte. Allein die Aufwendungen, um unsere Anlagen wieder auf die volle Höhe des Friedenszustandes zu bringen, werden noch durch Jahre hindurch fortlaufend erhebliche Ausgaben verursachen. Hierzu kommt aber noch folgendes.

Die

Kohlenfelder bei Lützen,

die, wie wir in der letzten Generalversammlung berichteten, von uns erworben wurden, müssen nunmehr zum Zwecke der Förderung aufgeschlossen werden. Das Bergwerk, das den Namen „Gustav Adolf bei Röcken" führt, hat sich, wie auch die seither ausgeführten Bohrungen gezeigt haben, als ein solches mit sehr vorteilhaftem Kohlenvorkommen erwiesen. Bei einer stellenweisen Mächtigkeit der Lagerung von 40 Meter besitzt die Kohle auch einen so hohen Bitumengehalt, daß für sie im wesentlichen eine chemische Verarbeitung in Betracht zu ziehen ist.

Von den 928 Morgen Kohlenfeldern, die das eben erwähnte Objekt umfaßt, werden 668 Morgen im Tagebau und 260 Morgen im Tiefbau abgebaut werden. Der gewinnbare Kohleninhalt berechnet sich für die Tagebaufelder auf 304 Millionen Hektoliter und für die Tiefbaufelder auf 40 Millionen Hektoliter. Wenn man einen jährlichen Kohlenverhau von 6 Millionen Hektoliter annimmt, so würde die Anlage eine Lebensdauer von 90 Jahren umfassen. Neben den Kohlenfeldern ist Gelände angekauft worden für die Abraumkippe und in der Nähe des Bahnhofes Röcken für die später zu erbauenden Betriebsanlagen.

Die Kosten für den Erwerb der Kohlenfelder haben allein schon ca. 4 Millionen Mark betragen und sind noch wesentlich gesteigert durch die Ausgaben für Bohrversuche und andere Vorarbeiten zum Aufschlusse der Felder.

Der für den Ausbau des Bergwerks Gustav Adolf zum Zwecke der Förderung erforderliche Gesamtaufwand ist z. Zt. auf mindestens 40 Millionen Mark zu veranschlagen. Es versteht sich von selbst, daß wir diese Summe nicht aus unseren jetzigen Mitteln zu decken imstande sind, wenngleich sich die Kaufkosten und die Bauaufwendungen auf mehrere Jahre verteilen.

Außer diesem Kohlenfelde ist es uns gelungen, noch ein weiteres Kohlenfeld, das ausschließlich Tiefbaufeld darstellt, zu erwerben. Es handelt sich um die Felder der Gemarkung Zitzschen, die in der Nähe des Bahnhofes Eythra, zwischen Leipzig und Zeitz, liegen. Hier haben wir 1820 Morgen Kohlenfelder erworben, deren Mächtigkeit durchschnittlich 10 Meter beträgt. Es sind 434 Millionen Hektoliter gewinnbare Kohle vorhanden. Die Kosten für den Erwerb betragen neben allen sonstigen Unkosten etwa 5 Millionen Mark. Auch dieser Kauf ist günstig, da er zur Ergänzung unseres Grubenfeldes Bunge-Nebe bei Queisau herangezogen werden kann, und der Bahnhof Eythra nur wenige Stationen von dem Bahnhofe Profen, der Bahnstation unseres Bergwerkes Bunge-Nebe, entfernt liegt. Einen Teil des Grubenfeldes wollen wir versuchen, gegen ein der sächsischen Regierung gehöriges Grubenfeld umzutauschen und damit unseren Besitz auf Bergwerk Bunge-Nebe abzurunden.

Wir bedürfen auch noch weiterer Mittel zur Ausführung umfangreicher Versuche zur chemischen Verwertung der Braunkohle, und endlich haben wir infolge des mit der Kursächsischen Braunkohlen-, Gas- und Kraft-Gesellschaft abgeschlossenen Vergleiches, wie gleichfalls in der letzten Generalversammlung ausgeführt wurde, das Recht, uns an dem Unternehmen, das sich die Gewinnung der Destillationsprodukte aus Rohkohle zur Aufgabe gesetzt hat, mit einem Kapital von 3 Millionen Mark zu beteiligen. Wir müssen hierzu auf alle Fälle gerüstet sein für den Fall, daß die noch im Gange befindlichen Versuche zu einem günstigen Ergebnisse führen.

Aus diesen Darlegungen werden Sie ersehen haben, daß wir unter allen Umständen in hohem Maße neuer Kapitalien bedürfen, die wir vorläufig auf 14 Millionen Mark veranschlagen. Wir müssen uns aber vorbehalten, wenn der Aufschluß des Bergwerkes Gustav Adolf fortschreitet und wir überhaupt mit der jetzt angeforderten Ziffer nicht ausreichen, wegen Beschaffung der weiter erforderlichen Mittel an Sie heranzutreten.

Der Aufschluß der Kohlenfelder, die Aufrechterhaltung unserer Betriebe, die Ausgestaltung unseres Unternehmens liegt selbstverständlich auch im öffentlichen Interesse. Sollte durch das Verhalten der in der letzten Generalversammlung wie auch diesmal vertretenen bekannten Minderheit ein satzungsgemäßer Beschluß auf Durchführung der beantragten Kapitalerhöhung nicht zu erreichen sein, so müssen wir eben mit Rücksicht auf das öffentliche Interesse andere Wege beschreiten, um den erwähnten Zwecken zu entsprechen, und wenn diese anderen Wege die Interessen unserer Gesellschaft nicht in dem vollen Maße wahren können wie der Ihnen in erster Linie vorgeschlagene Weg der Erhöhung unseres Aktienkapitals selbst, so würde die Verantwortung hierfür die Minderheit treffen.

In der Debatte

erkannte der Vertreter von Ignaz Petschek, Herr Rechtsanwalt Isey (Berlin), die Kapitalserhöhung als notwendig an, aber er fügte hinzu: Wenn die von mir vertretene Minderheit dennoch dagegen stimmt, so ist der Grund dafür, daß wir nicht das erforderliche Vertrauen zu dieser Verwaltung haben, um ihr die nötigen großen Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Geschäftsbericht des vorigen Jahres sind über die Entwicklung von Werschen-Weißenfels nur ganz mangelhafte Angaben gemacht, zwar viel Details über Ehrungen verdienter Beamten, aber nichts über die Entwicklung der Bergwerke und Fabriken. Jetzt hat die Verwaltung solche Angaben nachgeholt, aber auch nicht erschöpfend, denn über die Fabriken und ihre Entwicklung ist wieder nichts mitgeteilt. Wir haben auch Anspruch darauf, solche Zahlen gedruckt rechtzeitig zugestellt zu bekommen, wie sie uns jetzt in der Generalversammlung vorgetragen sind. Es ist lediglich das Mißtrauen gegen die gegenwärtige Verwaltung, die uns zur Ablehnung nötigt.

Herr Justizrat Dr. Elt meint, Herrn Ignaz Petschek sei die Entwicklung von Werschen-Weißenfels nicht unbekannt. Herr Rechtsanwalt Isey komme mit einer gebundenen Marschroute und wenn die Verwaltung noch so genaue Angaben über die Entwicklung der Fabriken machen würde, Herr Isey müsse doch gegen die Anträge stimmen nach dem Willen seines Auftraggebers. Die Darlegungen seien nur gemacht, um die wahren Gründe zu verschleiern.

Herr Direktor Homberger (Frankfurt a. M.): Herr Ignaz Petschek hat früher in den nettesten Handelsbeziehungen zu Werschen-Weißenfels gestanden und konnte sich durchaus ein Bild von dem Stande der Entwicklung der Gesellschaft machen. Seine Stellung zur Gesellschaft änderte sich erst, als ihm die wertvollen Handelsbeziehungen aus der Hand genommen werden mußten im Interesse von Werschen-Weißenfels. Die Kritik des Herrn Isey ist ganz unberechtigt. Die Gesellschaften, die Herr Ignaz Petschek ausbeutet — ich gebrauche das Wort absichtlich — sind in ihren Berichten viel zurückhaltender als die Darlegungen, die Werschen-Weißenfels ihren Aktionären bisher gegeben hat. Die Berichte enthalten Redensarten in Mengen, aber zuverlässige Angaben über die internen Verhältnisse nicht im Mindesten.

Herr Rechtsanwalt Isey bestritt diese Darlegungen. Ueber die chemischen Fabriken sei keine ziffernmäßige Angabe gemacht worden. Solche Mitteilungen müssen vorher schriftlich erfolgen. Die von Herrn Ignaz Petschek kontrollierten Gesellschaften geben genaue Zahlen. Wenn eine neue Versammlung einberufen wird und eine neue Verwaltung fungiert, dann ist zu hoffen, daß wir über die Kapitalerhöhung schnell einig werden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende, Herr Geheimrat Beutler (Dresden): Herr Ignaz Petschek, der in der vorigen Generalversammlung anwesend war, hat den Geschäftsbericht nicht bemängelt, er hat ihm also genügt.

Herr Justizrat Elt: In der von Herrn Ignaz Petschek beeinflußten Leonhardt-Gesellschaft wurde in der Generalversammlung nachgewiesen, daß viele Zahlen überhaupt nicht stimmten, deshalb erfolgte Vertagung. Herr Ignaz Petschek will mit seinem Widerspruch einfach unsere Gesellschaft schädigen.

Herr Justizrat Liebmann (Frankfurt a. M.): Derartige Berichte, wie Herr Rechtsanwalt Isey sie fordert, werden in keiner Gesellschaft gegeben. Hier sprechen ja auch lediglich persönliche Gründe mit. Aus persönlichen Gründen verhindert es Herr Ignaz Petschek, daß den Aktionären von Werschen-Weißenfels das wertvolle Bezugsrecht von 115 gegeben wird.

Herr Generaldirektor Scheithauer gibt über die Entwicklung der chemischen Fabriken der Gesellschaft genauen Aufschluß.

Herr Rechtsanwalt Isey: Wir bewilligen der Verwaltung kein Geld, weil sie uns nur über die gegenwärtigen Verhältnisse der Gesellschaft Auskunft gegeben hat. Ueber die Kriegsjahre fehlen solche Angaben. Vor allen Dingen fehlen sie im vorigen Geschäftsbericht.

Herr Geheimrat Beutler: Ich stelle fest, daß der Vertreter der Minderheit deswegen gegen die Anträge der Verwaltung stimmt, weil im letzten Jahresbericht Angaben nicht enthalten sind, die sie heute erst vermißt, während der Jahresbericht dem Führer der Minderheit in der vorigen Generalversammlung anscheinend genügt hat, denn er forderte keine Zahlen. Dieses Faktum muß einmal öffentlich festgenagelt werden. (Heiterkeit.)

Herr Rechtsanwalt Seydel führt den Nachweis, daß Herr Ignaz Petschek auch z. B. bei der von ihm beherrschten Gesellschaft Eintracht durchaus nicht die Zahlen gibt, deren Fehlen er bei Werschen-Weißenfels entscheidend für seine Abstimmung sein lassen will.

Die Abstimmung ergibt, daß 78 981 Stimmen für die Anträge der Verwaltung, 48 358 dagegen stehen. Da Dreiviertelmehrheit nötig ist zur Kapitalserhöhung, sind die Anträge abgelehnt.

Herr Direktor Neumann spricht namens des bei weitem größten Teils der Versammlungsteilnehmer der Verwaltung für ihre Amtsführung das volle Vertrauen aus.

Herr Geheimrat Beutler gibt nunmehr den Antrag bekannt, den Vorstand zu ermächtigen, die zu dem Bergwerk Gustav Adolf bei Röcken gehörenden Grundstücke und Kohlenabbaurechte durch

eine neuzubildende Aktiengesellschaft

zu verwerten, sie entweder zu verkaufen oder zu verpachten. Dabei soll den Aktionären von Werschen-Weißenfels insofern ein mittelbares Bezugsrecht auf die Aktien der neuen Gesellschaft eingeräumt werden, als Werschen-Weißenfels den vierten Teil dieser Aktien selbst übernehmen kann.

Herr Rechtsanwalt Isey stellt einige Fragen über die etwaige Höhe des Kapitals der neuen Gesellschaft, über den etwaigen Verkaufspreis usw. Er erhält vom Vorsitzenden die Auskunft: Darüber schweben noch die Erwägungen. Jedenfalls werden Verwaltung und Aufsichtsrat pflichtgemäß auch hier aufs Beste die Interessen der Aktionäre wahrnehmen. (Heitere Zustimmung.)

Der Antrag wird mit einem ähnlichen Stimmenverhältnis wie vorher angenommen.

Die sich so gern ihrer Beziehungen zur Braunkohlenindustrie als „Handelsblatt" rühmende „Hallische Allgemeine Zeitung" wußte — es sei das als ein Kuriosum verzeichnet — gestern nachmittag ihren Lesern in auffallender Schrift zu berichten, daß „die Kapitalserhöhung von 14 auf 28 Millionen einstimmig genehmigt" sei! Und das trotz der seit Jahren offenkundigen Zwistigkeiten der Gebrüder Petschek! Nun auf einmal einstimmige Annahme. Armes Handelsblatt!

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margelia; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Gericht usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H. Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210127016/fragment/page=0004